Unterbezirk Hildesheim

Jugendwahlprogramm im Landkreis Hildesheim

Die Welt verändern - vor Ort beginnen

Inhalt

Warum ein "Jugendwahlprogramm"? 3

Schule und Bildung 3

Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft 6

Bauen, Verkehr und Umwelt 7

Jugend, Kultur und Freizeit 8

Teilhabe und Soziales 9

Gleichstellung 9

Demokratie, Verwaltung und Finanzen 10

Ordnung und Sicherheit 11

Herausgebende: Jusos Unterbezirk Hildesheim (2016)

AutorInnen: Niklas Brockmann, Oliver von Ganski, Antonia Hillberg, Felix von der Lieth, Martin Wincek

Layout: Martin Wincek

Korrektur und Überarbeitung: Sarah Rudolph

Kontakt: www.spd-ub-hildesheim.de (Jusos), Facebook: Jusos UB Hildesheim

Warum ein "Jugendwahlprogramm"?

Im Landkreis Hildesheim leben viele junge Menschen. Einige kommen aus anderen Landkreisen, um beispielsweise an der Universität zu studieren. Auch in Zukunft wollen wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) mit dir und unseren Mitmenschen **frei** und **solidarisch** im Landkreis Hildesheim zusammenleben. Auch wollen wir weitere junge Menschen davon überzeugen, dass es hier **lebenswert** ist. Deshalb stellen wir dir im Folgenden unsere aktuellen Ziele für die Politik im Landkreis Hildesheim und seinen Gemeinden vor. Deine Unterstützung für unsere Ziele und unsere Kandidatinnen und Kandidaten ist wichtig, damit diese Ziele umgesetzt werden können. Lass uns zusammen für eine **jugendorientierte, demokratische** und **transparente Politik** eintreten!

Für die Diskussion deiner politischen Ziele und die Weiterentwicklung unserer Ziele mit deiner Hilfe stehen wir für dich bereit!

Schule und Bildung

Es ist für uns Jusos nicht hinnehmbar, dass SchülerInnen in der Oberstufe ihre ÖPNV-Tickets selbst bezahlen müssen. SchülerInnen dürfen nicht dafür bestraft werden, einen höheren Bildungsabschluss anzustreben. Für uns steht fest: Um echte Chancengleichheit in der Bildung zu ermöglichen, müssen **Tickets in der Sekundarstufe II kostenlos** werden.

Wir Jusos fordern, dass Schulen auch für SchülerInnen ein **demokratischer Lern- und Lebensort** werden. Die Entscheidungsgewalt innerhalb der Schule sollte gleichermaßen zwischen den Lehrenden und SchülerInnen verteilt sein. Es kann nicht sein, dass Entscheidungen, die meist auch das Leben der SchülerInnen beeinflussen, nur von Lehrenden getroffen werden. Die Schule hat den Bildungsauftrag, Demokratie zu vermitteln. Diesem Bildungsauftrag kann sie aber nur nachkommen, wenn sie selbst ein demokratischer Ort ist. Damit LehrerInnen und SchülerInnen Schulbelange gemeinsam demokratisch regeln können, muss es regelmäßige **Gremientage an Schulen** geben und die **Drittelparität** Realität werden!

Gleichermaßen muss SchülerInnen eine Möglichkeit gegeben werden, ihr **Schulessen mitbestimmen** zu können. Deshalb fordern wir Jusos: Die Auswahl des Speiseplans und der AnbieterInnen muss transparenter werden und eine demokratische Partizipation der SchülerInnen soll grundsätzlich möglich sein. Dies soll nicht nur die demokratische Teilhabe der SchülerInnen am Schulalltag fördern, sondern auch das Mensaessen attraktiver gestalten. Der Zugang zum Mensaessen soll für alle gleich sein. Daher fordern wir **kostenfreies Mensaessen** in Schulen sowie die Chance zur **freien Entscheidung der SchülerInnen, ob sie daran teilnehmen.**

Die Schule soll nicht nur ein Raum des Lernens sein, sondern es soll auch ein Raum sein, in dem ein gesunder Lebensstil gefördert wird. Hierfür ist es notwendig, dass **nahrhaftes Essen und Trinken** angeboten werden. Dazu gehört aber auch, dass die **Möglichkeit für Bewegung** außerhalb der zwei Stunden Sport im Unterrichtsplan angeboten wird.

Hausaufgaben haben mit progressiver Schulgestaltung nichts zu tun und gehören deshalb **abgeschafft**. Projektarbeiten, die eigenständig in der Schulzeit angefertigt werden, fördern nicht nur die Eigenständigkeit der SchülerInnen sondern ersetzen Hausaufgaben gänzlich. Studien belegen, dass ein Lernerfolg nicht von der Menge der Hausaufgaben abhängig ist, sondern davon, welche Leistungen im Unterricht erbracht werden. Somit ist auch wissenschaftlich belegt, dass Hausaufgaben abgeschafft gehören.

Projektschulen und deren pädagogische Konzepte sollten nichts sein, dass im Landkreis Hildesheim nur theoretisch oder ganz weit weg existiert. Stattdessen fordern wir die Einrichtung von Projektschulen in unserem Landkreis sowie die Anbindung von solchen Konzepten an bereits bestehende Schulen. Ein Beispiel hierfür ist die „**Demokratische Schule**“.

Die Mittagspause sollte nicht nur die 20 Minuten zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht sein, in denen die Schüler ihr Mittagsessen zu sich nehmen und Hausaufgaben erledigen. Die **Mittagspause sollten eine Stunde** dauern und somit Zeit bieten, in der die Schüler sich ausruhen könne, um aktiv und erholt in die zweite Hälfte des Schultages zu starten. In der Mittagspause sollen angemessene **Räumlichkeiten zur Erholung** in den Schulen vorhanden sein.

Kaputte Heizungen und Fenster sowie Fachräume, in denen die Hälfte der Einrichtung nur eingeschränkt funktioniert, stellen kein gutes Lernumfeld dar. Deshalb sind notwendige **Renovierungsmaßnahmen** an den Schulen durchzuführen und die Ausstattung der Fachräume maßgeblich zu verbessern. Des Weiteren sollen Fachräume gut ausgestattet sein und bisher nicht vorhandene Gebäude – wie Mensen – gebaut werden.

Schulen sollen auf das Leben vorbereiten und daher nicht die eindimensionale Betrachtung von Individuen anstreben. Stattdessen soll die Vielfalt von Identitäten repräsentiert und der Blick über de Tellerrand hinaus gefördert werden. Die Forderung der Jusos: **Diversität im Schulprogramm verankern**! Dazu gehört beispielsweise die aktive Zusammenarbeit von Schulen im Landkreis mit Organisationen wie SchLAu, um die Anerkennung von SchülerInnen gegenüber unterschiedlichen sexuellen Identitäten zu unterstützen.

Das allmorgendliche Verkehrschaos in der Innenstadt und besonders um die Schulen herum ist ein wiederkehrender Stressfaktor für Auto- und BusfahrerInnen, aber auch für FußgängerInnen. Um diese Situation zu entspannen, fordern die Jusos, dass die **Schulanfangszeiten der Schulen im Raum Hildesheim im Zeitraum von 7.40 Uhr und 9.00 Uhr liegen und variieren**.

Die Ganztagsschulen im Landkreis Hildesheim sollten ermöglichen, dass SchülerInnen an Schultagen nach **16 Uhr keine Schulaufgaben mehr** bearbeiten müssen. Gleichzeitig soll die **Arbeit von Vereinen in die Nachmittagsangebote von Schulen integriert** werden. SchülerInnen sollen Schule und **Zeit für ehrenamtliches Engagement** in den Vereinen einfacher unter einen Hut bringen können. Erfahrungen im Ehrenamt helfen SchülerInnen bei der Persönlichkeitsentwicklung und späteren Lebensentscheidungen wie der Berufswahl.

BAföG-Anträge sollen schnell bearbeitet werden. Wer BAföG beantragt benötigt das Geld meistens dringend. Deshalb soll ausreichend Personal zur Verfügung stehen, um BAföG-Anträge mit minimaler Wartezeit bearbeiten zu können.

Kindergärten, Kindertagesstätten und entsprechende Plätze sollen überall im Landkreis zur Verfügung stehen. Auch müssen die MitarbeiterInnen gut bezahlt werden. Aus unserer Sicht müssen zudem mehr **SchulsozialarbeiterInnen** eingestellt werden. Bisher

eingestellte SchulsozialarbeiterInnen müssen ihrer eigentlichen Tätigkeit nachgehen können und dürfen nicht dazu benutzt werden, als ErsatzlehrerInnen zu arbeiten. Auch sehen wir es als notwendig an, dass es **an jeder Schule eine/n SchulpsychologIn** gibt.

Da wir die **demokratische Mitbestimmung von SchülerInnen in allen Bereichen** fordern, sollen unsere Vorschläge in Abstimmung mit den SchülerInnenvertretungen der Schulen umgesetzt werden.

Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft

Wer im Landkreis Hildesheim lebt, soll **auch zukünftig Ausbildungs- und Arbeitsplätze** vorfinden können. Nur so schaffen wir es, dass Menschen dauerhaft hier leben wollen. Im Landkreis Hildesheim lassen sich viele Unternehmen und Betriebe finden, die jungen Menschen eine Chance geben und sie ausbilden. Wir Jusos werben dafür, dass noch **mehr junge Menschen unabhängig von ihrer bisherigen Biographie die Möglichkeit erhalten, im Landkreis Hildesheim ausgebildet zu werden.** Arbeit muss **gut bezahlt** werden und die **Arbeitsbedingungen** müssen eine sichere und motivierte Arbeit ermöglichen. Dazu gehören auch **demokratische Strukturen wie Betriebsräte** und die **Zusammenarbeit mit Gewerkschaften**.

Ausbildungs- und Arbeitsplätze können wir jedoch nur erhalten, wenn im Landkreis Hildesheim bisherige Unternehmen gehalten werden und sich neue ansiedeln. Dazu gehört auch, dass jungen Menschen eine Perspektive gegeben wird, wenn sie ein **Start-Up** aufbauen wollen. **In der Arbeitswelt häufig benachteiligte Gruppen – wie Frauen oder Flüchtlinge – müssen eine faire Chance auf gut bezahlte Arbeit erhalten,** um ihr Leben selbstständig bestreiten zu können. Der Landkreis soll Flüchtlinge und Arbeitgebende für die Aufnahme von Arbeit zusammenführen. Wir Jusos stehen außerdem für eine **Ausbildungsplatzumlage**. Unternehmen, die nicht ausbilden, sollten ausbildenden Unternehmen für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung einen Betrag zahlen.

Wirtschaften im Landkreis Hildesheim soll die **Umwelt nachhaltig schonen**. Dazu gehört beispielsweise, dass Waldflächen nicht vollständig für Industrie, Gewerbe Wohnungsbau oder Infrastruktur aufgeben werden.

Bauen, Verkehr und Umwelt

Wir Jusos setzen uns für ein ÖPNV ein, welches junge Menschen zuverlässig und kostengünstig zur Schule, Universität, Arbeit und andere Orte des gesellschaftlichen Zusammenlebens bringt. Gerade in einem ländlich geprägten Landkreis wie Hildesheim dürfen junge Menschen durch einen unzureichenden ÖPNV im wahrsten Sinne des Wortes nicht auf der Strecke bleiben. Vor allem junge Menschen haben immer seltener ein eigenes Auto. Stattdessen wird auf den ÖPNV oder das Fahrrad als Verkehrsmittel gesetzt. Um diesen Trend zu unterstützen, müssen jedoch Barrieren abgebaut werden, um für immer mehr Menschen die Alternativen zum Auto oder Motorrad attraktiv zu machen.

Deshalb fordern wir eine **bessere ÖPNV-Anbindung der Gemeinden im Landkreis** untereinander. **Auch zu späteren Uhrzeiten und am Wochenende** muss eine Anbindung zwischen Hildesheim und den umliegenden Gemeinden gewährleistet sein. Dazu gehören **mehr Zug- und Busfahrten in den Abend- und Nachtstunden**. Ebenso können wir Jusos uns auch einen verstärkten Einsatz von **Sammeltaxis** vorstellen. **Züge nach und von Hannover sollen mindestens bis vier Uhr morgens fahren.**

Das Fahrrad soll in den Gemeinden und im Landkreis als Verkehrsmittel gefördert werden. Durch die **Installation von vorgeschalteten Induktionsschleifen an Ampeln** sorgen wir für freie Fahrt bei niedrigem Verkehrsaufkommen. **Getrennte Haltelinien für Fahrräder und Autos** sollen für ein zügigeres Vorankommen sorgen und schützen Radfahrende vor Abgasen. **Klare und verständliche Fahrradleitsysteme** soll helfen, schnell und effektiv zum Ziel zu kommen.

Die Instandsetzung von aktueller Infrastruktur hat für uns Vorrang vor Neubauten.

Ein **funktionierender und schneller Internetanschluss** ist mittlerweile Grundvoraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe, politischen Willensbildung, Weiterbildung und Arbeit. Sowohl für Menschen als auch für Betriebe im Landkreis Hildesheim halten wir eine umfassende Versorgung mit Breitbandinternet für eines der wichtigsten Bedürfnisse. Leider wir das verfügbare Netz diesen Anforderungen kaum gerecht. Deshalb muss aus unserer Sicht ein schneller Ausbau des

Glasfasernetzes betrieben werden. Auf Glasfaser wollen wir dabei setzen, um eine moderne Technologie zu verwenden und keine späteren Folgekosten durch Nachrüstungen entstehen zu lassen. Darüber hinaus sprechen wir uns für eine **flächendeckende LTE-Versorgung** in den Gemeinden und auf dem Land aus und regen in den Gemeinden **Öffentliche W-LAN-Hotspots** an.

Auszubildende werden in der Debatte um kostenpflichtige und kostenlose Tickets leider nicht berücksichtigt. Wir fordern deswegen zudem eine **Vergünstigung der Tickets für den ÖPNV für alle Auszubildende**. Die weitere Privatisierung von Infrastruktur lehnen wir ab.

Zum nachhaltigen Schutz der Umwelt unterstützen wir die **Energiewende** als Teil der Abkehr von der Atomkraft – damit auch die Menschen im Landkreis Hildesheim zukünftig **bezahlbaren und umweltschonenden Strom** beziehen können.

Jugend, Kultur und Freizeit

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche müssen ein fester Bestandteil der Sozialpolitik der Kommunen des Landkreises Hildesheim sein. In aller erster Linie sind **Projekte und Einrichtungen,** die derartige Angebote realisieren, bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ein solches Angebot fördert nicht nur die individuellen Entwicklungen der Kinder und Jugendlichen, sondern entlastet auch Eltern. Wir möchten außerdem in den Austausch mit Jugendverbänden gehen, die Kinder- und Jugendarbeit betreiben und erörtern, in wie weit Kooperationen zwischen Vereinen und Schulen möglich sind. Für Kunst- und Kulturschaffende fordern wir **öffentliche Kulturräume**.

Damit junge Menschen im Landkreis **Ausgehmöglichkeiten und Freizeitangebote** in Anspruch nehmen können, muss der Öffentliche Personennahverkehr zuverlässig für alle Gemeinden eine angemessene Anbindung ermöglichen.

Teilhabe und Soziales

Für uns Jusos im Unterbezirk Hildesheim steht eins fest: Die **Inklusion** muss voran getrieben werden. **Das gesellschaftliche Leben muss allen Menschen in ihrer Vielfalt den gleichen Zugang und Teilhabe ermöglichen.** Dazu gehören auch Bildung und Arbeit. Keine Gruppe soll bei diesem Zugang benachteiligt werden. Dies gilt aus unserer Sicht auch für MigrantInnen und AsylbewerberInnen. Durch Kurse sollen **Sprachkenntnisse gefördert** werden, da Sprache die wichtigste Voraussetzung für die Teilhabe am Leben darstellt. Für eine angemessene Unterbringung von **Flüchtlingen** setzen wir Jusos uns dafür ein, dass diese im Landkreis weiterhin **dezentral untergebracht** werden. Nur so schaffen wir die notwendigen Begegnungen, durch die ein harmonisches Zusammenleben entstehen kann. Zu einer sozialen Politik gehört auch, dass im Landkreis Hildesheim **ausreichend günstiger Wohnraum für alle Menschen** bereit steht, die auf diesen angewiesen sind. Daher fordern wir, dass dieser Wohnraum auch im Landkreis Hildesheim im Rahmen des **sozialen Wohnungsbaus** geschaffen wird. Auch müssen öffentliche Einrichtungen sowie Infrastruktur wie beispielsweise der ÖPNV stets barrierefrei sein und sicherstellen, dass niemand aufgrund einer Einschränkung oder Behinderung benachteiligt wird.

Gleichstellung

Für die Jusos ist die Gleichstellung der Geschlechter eine wichtige Maxime, um echte soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Für uns ist klar: Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts sind niemals zu akzeptieren. Wir leben die Werte einer emanzipierten Gesellschaft und es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für diese Werte einzustehen. Im Landkreis Hildesheim setzen wir uns daher für **gleiche Löhne für gleiche Arbeit** bei beiden Geschlechtern ein. Auch sollen Frauen bei der Besetzung von Positionen in der Verwaltung und in Betrieben die **gleichen Chancen** wie Männer besitzen. Bei der Besetzung von Positionen, Ämtern oder Räten sind wir für eine **gleichberechtigte Zusammensetzung** mit Frauen und Männern. Wenn Frauen und Männer gleichermaßen beteiligt sind, ergeben sich auch bessere Arbeitsergebnisse. Davon sind wir überzeugt.

Demokratie, Verwaltung und Finanzen

Unser Motto lautet: **Mehr Demokratie und Transparenz wagen**! Dazu fordern wir Jusos, dass öffentliche Entscheidungsprozesse in Gremien des Landkreises als **Streams auf der Webseite des Landkreises** zum Anschauen bereit gestellt werden. Dadurch wollen wir eine demokratische Teilhabe auch für diejenigen Menschen sicherstellen, denen Zeit und Geld fehlen, um an Sitzungen demokratischer Gremien teilzunehmen. Für die Stärkung demokratischer Rechte und Einstellungen junger Menschen im Landkreis Hildesheim fordern wir Jusos **Jugendparlamente in allen Gemeinden** – inklusive **Stimmberechtigung für VertreterInnen der Jugendparlamente in den kommunalen Gremien.**

Wir sind für **anonymisierte Bewerbungsverfahren** auf Stellen des Landkreises, um eine objektive Auswahl anhand von Qualifikationen sicherzustellen. Wir begrüßen es, wenn Unternehmen im Landkreis Hildesheim hier auch eine Vorbildfunktion übernehmen.

Im Rahmen der **Öffentlichen Daseinsvorsorge** sollen Bereiche wie zum Beispiel die Wasserversorgung **weiterhin öffentlich und nicht privat** organisiert werden, um faire Kosten und Qualität für die Menschen im Landkreis zu gewährleisten.

Damit alle Menschen einen einfachen, unkomplizierten und bürgernahen Zugang zur Verwaltung erhalten, sollen Informationsmaterialien und **Formulare in leichter Sprache** zur Verfügung gestellt werden.

Wir Jusos lehnen die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Öffentlich-Private-Partnerschaften ab. Rechnungen haben bereits ergeben, dass öffentliche Bauprojekte, für die gegen Dividenden Geld von privaten Investoren eingeworben wird, sich langfristig nicht für die Allgemeinheit auszahlen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss darauf geachtet werden, dass **gute Löhne und Arbeitsbedingungen** sichergestellt sind.

Ordnung und Sicherheit

Menschenhass ist im Landkreis Hildesheim fehl am Platz. Wenn wir wollen, dass auch in Zukunft Menschen gerne in unserem Landkreis leben, müssen wir ihnen offen begegnen. Deshalb sprechen wir uns gegen diejenigen aus, die menschenfeindliche Einstellungen im Landkreis Hildesheim vertreten.

Eine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Plätze lehnen wir Jusos ab. Auf diese Art und Weise werden auf diese Art und Weise Menschen unter einen Generalverdacht gestellt. Gleichzeitig hilft eine flächendeckende Kameraüberwachung nicht, Straftaten zu verhindern.

Wir Jusos sind offen für einen **lizenzierten und kontrollierten Anbau und Verkauf von Cannabis an Erwachsene** und ein entsprechendes Modellprojekt im Landkreis Hildesheim. Junge Menschen müssen über weiche Drogen, deren Konsum und eventuelle Folgen besser aufgeklärt werden. Dies ist in breiter Form erst möglich, wenn der Verkauf von Cannabis – so wie in unserem Vorschlag vorgesehen – legalisiert wird. Auch hat dies den Vorteil, dass Endverbraucher entkriminalisiert werden und dem Schwarzmarkt seine Grundlage entzogen wird. Der Handel auf dem Schwarzmarkt ist unter anderem auch deswegen problematisch, da die Gesundheit von Konsumenten durch Streckmittel gefährdet wird.